

Bericht

des Eingabenausschusses

Vorsitz: **Jens Grapengeter**

Schriftführung: **Antje Möller**

Der Eingabenausschuss hat in seiner Sitzung am 23. Juni 2008 über 16 Eingaben mit 18 Anliegen beraten. Vor Eintritt in die inhaltliche Beratung hat der Ausschuss Verschwiegenheit gemäß § 56 Absatz 4 Geschäftsordnung beschlossen.

Eine Übersicht über die einzelnen Eingaben ist diesem Bericht beigelegt.

Eingaben mit einem * betreffen mehrere Anliegen.

Die Eingaben liegen zur Einsichtnahme für alle Abgeordneten in der Geschäftsstelle des Eingabenausschusses aus.

Alle Empfehlungen hat der Ausschuss einstimmig beschlossen.

An der Beratung und Abstimmung über die Eingaben Nr. 189/08, 213/08 und 401/08 hat ein Abgeordneter der CDU-Fraktion nicht teilgenommen.

Der Eingabenausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, wie folgt zu beschließen:

1 Anliegen dem Senat „zur Berücksichtigung“ und

1 Anliegen dem Senat als „Stoff für künftige Prüfung“ zu überweisen,

1 Anliegen für „erledigt“ und

15 Anliegen für „nicht abhilfefähig“ zu erklären.

Antje Möller, Berichterstatlerin

Anliegen, zu dem der Ausschuss empfiehlt, es dem Senat „zur Berücksichtigung“ zu überweisen:

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
169/08*	Iranische Staatsangehörige, hier: Vorübergehendes Aufenthaltsrecht und Arbeitserlaubnis für den Vater	Der Tochter sollte eine Aufenthaltserlaubnis bis zu der Absolvierung ihres Abiturs erteilt werden. Die Eltern sollten bis zum Abitur der Tochter geduldet werden. Der Vater der Familie sollte eine Arbeitserlaubnis erhalten, sobald dies rechtlich möglich ist

Anliegen, zu dem der Ausschuss empfiehlt, es dem Senat als „Stoff für künftige Prüfung“ zu überweisen:

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
781/07*	Beschleunigung der Antragsbearbeitung	Es sollte geprüft werden, inwieweit eine beschleunigte Antragsbearbeitung erreicht werden kann, indem Anträge bereits beim Eingang auf formelle und inhaltliche Vollständigkeit überprüft und die Antragsteller auf die gegebenenfalls bestehende Unvollständigkeit hingewiesen werden

Anliegen, welches der Ausschuss für „erledigt“ zu erklären beantragt:

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
86/08	Rückhaltebecken Susebek	Dem Begehren wird entsprochen werden

Anliegen, die der Ausschuss für „nicht abhilfefähig“ zu erklären beantragt:

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
781/07*	Bewilligung von Elterngeld	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
37/08	Togoische Staatsangehörige, hier: Aufenthaltserlaubnis	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden

Anliegen, die der Ausschuss für „nicht abhilfefähig“ zu erklären beantragt:

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
113/08	Änderung einer Formulierung im HmbPSchG	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
116/08	Rückforderung und Weiterbewilligung von Mietzuschüssen	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
151/08	Keine Anrechnung der Aufwandsentschädigung für Wahlhelfer auf SGB II-Leistungen	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
164/08	Spielvergnügungssteuer	Schwebendes Gerichtsverfahren
169/08*	Iranische Staatsangehörige, hier: Daueraufenthaltsrecht	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
189/08	Verkauf einer Spielplatzfläche zwecks Wohnbebauung und Fällung von Bäumen für Bauvorhaben	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
211/08	Nachweis einer großen Wohnung	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
213/08	Beschwerde gegen Bauvorhaben in Winterhude und über Verkauf eines städtischen Grundstücks	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
227/08	Beschäftigungsangebot für LBK-Mitarbeiter	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
325/08	Serbische Staatsangehörige, hier: Aufenthaltserlaubnis	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden. Der Senat sagt zu, den Petenten bis zum 30.09.2008 die freiwillige Ausreise zu ermöglichen
369/08	Pakistanischer Staatsangehöriger, hier nochmals: Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 18 AufenthG und Einbürgerung	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
386/08	Beschwerde über DAK	Der Gegenstand liegt außerhalb der hamburgischen Zuständigkeit
401/08	Bauvorhaben Quartiersgarage Vogelbeerenweg	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden